

Der Nationalrat will bei den Schutzwesten keine halben Sachen

Anders als der Ständerat will der Nationalrat das Rüstungsprogramm 2018 nicht kürzen. Seiner Meinung nach ist es notwendig, für alle Armeeangehörigen einen angemessenen Körperschutz zu kaufen.

Michael Surber 13.9.2018, NZZ Online

100 Millionen Franken – um diesen Betrag wurde am Donnerstag im Nationalrat leidenschaftlich gerungen und mit ihm um die Frage, wie flächendeckend die rund 100 000 Armeeangehörigen in Zukunft geschützt werden sollen. Anders als zuvor der Ständerat ist der Nationalrat der Meinung, dass sämtliche Armeeangehörigen einen umfassenden Körperschutz erhalten sollen.

Damit folgt er dem Bundesrat, der für den ballistischen Körperschutz im Rüstungsprogramm der Armee-Botschaft 199 Millionen Franken veranschlagt hat. Die kleine Kammer sprach sich zuvor noch dafür aus, diesen budgetierten Posten um die Hälfte – oder eben 100 Millionen Franken – zu kürzen.

Kochen in der Schutzweste

Eine Position, die auch von der SP-Fraktion des Nationalrats geteilt wurde. SP-Sicherheitspolitikerin Priska Seiler-Graf (Zürich) meinte gleich zu Beginn der Debatte, dass die in der Botschaft vorgesehene Anzahl Schutzwesten mit 115 000 weit über das Ziel hinausschiessen würde: «Ich glaube, es wird kein Szenario geben, in dem wirklich alle Angehörigen der Armee, bis zum Koch, bis zum Küchenchef, diese Schutzwesten brauchen würden.»

Sogar eine nicht gerade als armeekritisch bekannte Militärzeitschrift monierte, dass die Beschaffung der Schutzwesten ein typisches «Lückenfüller-Projekt» sei, so Seiler-Graf weiter. Rosmarie Quadranti (bdp., Zürich) doppelte nach: Die Westen würden zum Teil ungebraucht «in irgendwelchen Lagern verstauben und verrotten».

Ganz anders sah man dies in den Reihen der SVP. Thomas Hurter (Zürich) verteidigte die Menge von 115 000 Westen auch gegen den Anwurf, die veranschlagte Zahl Schutzwesten übersteige ja sogar den eigentlichen Personalbestand der Armee. «Eine Vollausrüstung ist eben immer etwas mehr als 100 Prozent», sagte Hurter. Zudem sei eine solche Ausstattung der Truppe ausdrücklich Teil der vom Parlament beschlossenen «Weiterentwicklung der Armee (WEA)».

Der Berner SVP-Nationalrat Werner Salzmann erinnerte daran, dass in Krisensituationen schnell viel Personal involviert sei. In solchen Momenten müsse es dann auch genügend Schutzwesten haben. «Ich möchte es dann sehen, wer von Ihnen den Soldaten und dem Kader in die Augen schaut und sagt: «Wir haben nicht genügend Schutzwesten.»», sagte Salzmann.

Doch nicht nur die SVP sprach sich für eine umfassende Schutzausrüstung aus, auch die FDP-Fraktion stellte sich dahinter. Walter Müller (St. Gallen) gab zu bedenken, dass die moderne Kriegsführung kaum mehr klare Fronten kenne und daher im Konfliktfall auch im rückwärtigen Bereich Kampfhandlungen aufbränden könnten. Und auch dort involvierte Soldaten hätten ein Anrecht auf bestmöglichem Schutz.

Die CVP-Fraktion erachtet eine Reduktion der Schutzwesten um die Hälfte als übertrieben. Wie Nationalrat Alois Gmür (Schwyz) ausführte, wäre für die CVP eine Reduktion um einen Drittel denkbar. Die Christlichdemokraten stimmten schliesslich jedoch für die Vollversion, wodurch diese eine Mehrheit hinter sich hatte.

Waffensysteme ausgemustert

Auch bei den restlichen Punkten der Armee-Botschaft 2018 folgte der Nationalrat dem Bundesrat. Die drei Gesamtkredite im Umfang von etwas über 2 Milliarden Franken wurden bestätigt. Erstmals konnte der Nationalrat auch über die Ausserdienststellung von bestehenden Waffensystemen befinden.

Und auch hier folgte der Rat dem Bundesrat und beschloss, Teile der bestehenden Kampfflugzeugflotte F-5-Tiger, die noch zu Teilen vorhandene Festungsartillerie, darunter die 12-Zentimeter-Festungsminenwerfer, die nicht nachgerüsteten Panzerhaubitzen sowie die Panzerjäger auszumustern. Ein Einzelantrag von SVP-Nationalrat Franz Grüter (Luzern), der die Ausserdienststellung der 12-Zentimeter-Festungsminenwerfer verhindern wollte, blieb chancenlos.